

Beschluss Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 13.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-W Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

1 **Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften**

2 Klimaneutralität ist die große Chance für den Industriestandort Deutschland. Grüne
3 Technologien aus Deutschland werden weltweit nachgefragt. Beim erneuerbaren
Wasserstoff sind
4 wir Europäer*innen noch führend. Für große Teile der deutschen Industrie ist das
Pariser
5 Klimaabkommen fester Bestandteil der Planungen geworden, unternehmerische
6 Investitionsstrategien sind auf Klimaschutz ausgerichtet. Die meisten wissen, dass die
7 Märkte der Zukunft klimaneutral sind. Und sie wissen: Deutschland kann so viel mehr.
In den
8 Unternehmen, den Köpfen und den Strukturen stecken die Innovationskraft und der
Wille, in
9 die Zukunft zu wirtschaften. Wir sehen, mit welcher Agilität Unternehmer*innen neue
Ideen
10 oder Geschäftsmodelle entwickeln und dabei auch ihrer sozialen Verantwortung
gerecht werden
11 wollen. Und wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln, die Dynamik
eines
12 fairen Wettbewerbs und die Stärke von gesellschaftlicher Kooperation innovativ
Probleme
13 lösen.

14 Die Digitalisierung bedeutet einen weiteren großen Umbruch, der unsere Wirtschaft
und die
15 Gesellschaft maßgeblich prägt. Wir wollen die Digitalisierung gestalten und dafür
sorgen,
16 dass notwendige Innovationen in Europa entwickelt und marktfähig werden.
Deutschland und
17 Europa sollen auch bei Zukunftstechnologien die Spitze beanspruchen. Dafür nutzen
wir auch
18 die Gestaltungsmöglichkeiten der deutschen G7-Präsidentschaft 2022.

19 Allerdings steht die deutsche und europäische Wirtschaft unter großem Druck: Unser
20 Industrieland muss sich im globalen Wettbewerb mit autoritärem Staatskapitalismus
und
21 weitgehend unregulierten Techgiganten behaupten. Die Pandemie hat viele
Wirtschaftszweige
22 hart getroffen, einige Sektoren hatten schon zuvor die Transformation verschlafen. Die
Klimakrise und die Endlichkeit von Ressourcen verlangen ein Umsteuern. Zugleich ist
23 unser
24 Verständnis von dem, was Wohlstand ist, im Wandel. Wenn wir es jetzt aber klug
anstellen,
25 können wir unser Wirtschafts- und Finanzsystem neu eichen. Dann können wir dafür

sorgen,
26 dass Wachstum nur im Einklang mit den planetaren Grenzen stattfindet, statt unsere
27 natürlichen Ressourcen zu übernutzen.

28 Unsere Sozialsysteme, den Arbeitsmarkt und die Staatsfinanzierung richten wir darauf
aus,
29 auch beim Wirtschaften innerhalb dieser Grenzen stabil zu bleiben. Wir können eine
sozial-
30 ökologische Marktwirtschaft im Sinne des Gemeinwohls in Europa begründen, die
Wohlstand mit
31 Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt und den Menschen dient. Sie ist
Ausgangspunkt für
32 eine neue wirtschaftliche Dynamik, die zukunftsfähige Jobs schafft, im Handwerk, bei
Start-
33 ups oder in der Dienstleistungsbranche, die Lebensqualität sichert, uns Menschen freie
34 Entfaltung ermöglicht und einen klimagerechten Wohlstand schaffen kann.

35 Dafür ist eine Politik nötig, die will, die nach vorne führt und verlässlich steuert. Nicht
36 weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern weil die Wirtschaft klare Verhältnisse,
37 verlässliche politische Rahmenbedingungen und Anreize braucht. Nur dann haben
Unternehmen
38 Planungssicherheit und wissen, dass sich klimaneutrales, nachhaltiges Wirtschaften
lohnt.

39 Und nur dann kann sich die Innovationskraft von Beschäftigten und
Unternehmer*innen
40 entfalten in einzelbetrieblich sinnvollen Entscheidungen für nachhaltigen Wohlstand.

41 Ungeregelte Märkte können sehr viel zerstören. Wenn wir Märkte aber nachhaltig und
sozial
42 gestalten, können sie Innovationen entfachen, die wir für die Transformation brauchen.
Damit
43 das gelingt, stellen wir die Weichen konsequent auf Klimaneutralität und
Kreislaufwirtschaft
44 und ermöglichen der Wirtschaft neue Spielräume innerhalb der planetaren Grenzen.
Wir
45 schaffen Anreize, streichen umweltschädliche Subventionen und setzen
ordnungspolitische
46 Regeln, damit nachhaltig produziert, gehandelt und konsumiert wird. Wir nutzen
Konzepte wie
47 Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und Innovation als Mittel zum Zweck und bemessen
48 klimagerechten Wohlstand, das eigentliche Ziel von Politik, neu. Wir starten eine
umfassende
49 Investitionsoffensive, öffentlich wie privat, um dem immensen Investitionsstau in
unserem
50 Land zu begegnen und Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung deutlich zu stärken.
Dafür
51 setzen wir auf eine vorsorgende Haushaltspolitik.

52 Wir gehen die Ungerechtigkeiten im Steuersystem entschlossen an und nutzen die
53 Lenkungswirkung von Steuern für Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft. Wir sorgen
dafür, dass

54 sich sehr wohlhabende und reiche Menschen und große Konzerne ihrer Verantwortung
55 stärker stellen. Globale Konzerne sollen nicht mächtiger sein als Staaten – es gilt das Primat
56 der demokratischen Politik zu behaupten. Wir wollen die enorme Kluft zwischen Arm und
57 Reich verringern, denn Gesellschaften, in denen die Ungleichheit gering ist, sind insgesamt
58 zufriedener Gesellschaften. Hohe Einkommen und Vermögen sollen deshalb mehr zur
59 Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen und niedrige werden entlastet.
60 Anhaltende schwere wirtschaftliche Ungleichgewichte in Europa und weltweit wollen wir ebenfalls
61 helfen abzubauen, indem wir in Deutschland verstärkt öffentlich investieren und gute Löhne
62 durchsetzen.

63 Wirtschafts- und Finanzpolitik muss europäisch gemacht werden. Als Europäer*innen
64 können wir mit unserem starken gemeinsamen Binnenmarkt internationale Standards setzen und
65 Innovationen vorantreiben. Solange es Wettbewerbsverzerrung gibt, braucht es auch den Schutz
66 des EU-Binnenmarktes und vor allem der kritischen Infrastruktur. Zugleich setzen wir uns für
67 eine gemeinsame strategische Außenwirtschaftspolitik ein, die Fairness zu einem Gebot des
68 internationalen Wettbewerbs und des freien Welthandels macht und weltweit
69 nachhaltiges und menschenrechtskonformes Wirtschaften befördert. Als Europäer*innen investieren wir
70 gemeinsam in Klimaschutz, Forschung und den Wohlstand der Zukunft, den Weg dahin bereit ein
71 Green New Deal. In einer Bundesregierung werden wir alles dafür tun, dass die Europäische Union
72 der erste CO₂-freie Wirtschaftsraum wird.

73 So legen wir die Grundlagen dafür, dass Deutschland und Europa erfolgreiche
74 Industriestandorte mit einem leistungsfähigen Mittelstand, hoher Wertschöpfung,
75 starkem Sozialstaat und guten Arbeitsplätzen bleiben – in traditionsreichen und innovativen
76 Industrieunternehmen, im Maschinenbau, in kleinen und mittelständischen Betrieben.
77 Mit einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik zeigen wir eine Richtung auf und bieten
78 zukunftsfähigen Unternehmen gute Bedingungen. So machen wir aus der Marke „Made
79 in Germany“ ein Gütesiegel für eine zukunftsfähige Wirtschaft in einem klimaneutralen und sozialen
80 Europa. Außerdem fördern wir eine kooperative und fürsorgende Wirtschaftsweise. So
81 entstehen viele Arbeitsplätze in regionalen Wertschöpfungsketten, gemeinwohlorientiert statt
82 gewinnorientiert. Wir brauchen eine vielfältige Wirtschaft, die widerstandsfähig
83 gegenüber Krisen wird.

84 **Wir fördern Unternehmer*innengeist, Wettbewerb und Ideen**

85 **Ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen**

86 Nach der Corona-Pandemie braucht unser Land einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch.
87 Das Beste, was die Politik dazu beitragen kann, ist, das zu tun, was sie die letzten zehn
88 Jahre sträflich versäumt hat: in unsere gemeinsame Zukunft zu investieren. Nur wenn auch
89 der Staat seinen Teil beiträgt, wenn öffentliche und private Investitionen gemeinsam auf ein Ziel
90 ausgerichtet werden, wird Europa den Anschluss im Bereich moderner
91 Zukunftstechnologien halten und sich im Wettbewerb mit den USA und China behaupten können. Wir starten
92 in der nächsten Legislaturperiode eine Investitionsoffensive. Mit Investitionen in schnelles
93 Internet, überall. Spitzenforschung vom Quantencomputer bis zur modernsten
94 Biotechnologie. In klimaneutrale Infrastrukturen, in Ladesäulen, einen Ausbau von Bahn-, Fuß- und
95 Radverkehr, emissionsfreie Busse, in Energiespeichertechnologien, erneuerbare
96 Energien und moderne Stadtentwicklung. Wir wollen, dass Deutschland bei den öffentlichen
97 Investitionen im Vergleich der Industrieländer vom Nachzügler zum Spitzenreiter wird und in diesem
98 Jahrzehnt pro Jahr 50 Milliarden Euro zusätzlich investieren. Diese Investitionen sollen auch dem
99 Gender Budgeting unterliegen. So gelingt die sozial-ökologische Transformation, so
100 schaffen wir nachhaltigen Wohlstand und sichern die
101 Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes in einer handlungsfähigen Europäischen Union.

102 **Neustart nach der Corona-Krise**

103 Die Corona-Pandemie hat viele Unternehmen hart getroffen. Während die einen sich
104 hoch verschulden mussten, haben es andere nicht durch die Krise geschafft und mussten
105 ihr Geschäft aufgeben. Besonders hart sind Restaurants, Gaststätten, Hotels, die
106 Tourismus- und Veranstaltungsbranche, die Kulturwirtschaft, aber auch viele Einzelhändler*innen und
107 Solo-Selbständige betroffen. Ein Neustart nach der Corona-Krise muss daher gezielt den
108 besonders betroffenen Branchen helfen - und zugleich ein Signal für den Richtungswechsel zur
109 Klimaneutralität setzen. Damit sichern wir Existenzen, erhalten Arbeitsplätze und
110 setzen zielgenaue konjunkturelle Impulse. Hierfür dehnen wir vor allem für kleine und mittlere
111 Unternehmen den steuerlichen Verlustrücktrag aus, führen attraktive und zeitlich
112 begrenzte Abschreibungsbedingungen ein und helfen kleinen und mittleren Unternehmen, sich
mit

113 vereinfachten Restrukturierungsverfahren leichter neu aufzustellen, ohne Insolvenz
anmelden
114 zu müssen. Falls Coronahilfen zurückgezahlt werden müssen, benötigen die
Unternehmen
115 großzügige Konditionen. Für viele Selbständige können sichere Aufträge durch
handlungsfähige
116 Kommunen den Neustart nach der
117 Pandemie unterstützen. Die Kunst- und Kulturbranche wollen wir unter anderem durch
eine
118 abgestimmte Kulturförderpolitik stärken und eine zweite Gründungschance. In der
Corona-Krise
119 wurden viele Aktiengesellschaften durch staatliche Hilfen gestützt. Mittels
120 Kurzarbeiter*innengeld, Beteiligungen oder anderer Finanzhilfen wurden die
Unternehmen vor
121 der Pleite bewahrt. Für neue Hilfen muss gelten: Firmen, die Staatshilfen erhalten,
dürfen
122 keine Dividenden ausschütten.

123 **Klimaschutztechnologien made in Germany**

124 Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist in vollem Gange. Made in
Germany
125 soll zukünftig nicht nur für Qualität, sondern noch stärker für nachhaltige und
innovative
126 Produkte und Prozesse stehen. Digitalisierung und Klimaneutralität müssen Staat und
127 Unternehmen gemeinsam in Angriff nehmen. Während der Staat mehr öffentliche
Investitionen
128 realisiert, wollen wir zugleich Anreize für mehr Investitionen durch Unternehmen
setzen.
129 Dafür erweitern wir zielgerichtet die Spielräume für die Unternehmen: Investitionen
sollen
130 zeitlich befristet degressiv mit mindestens 25 Prozent abgeschrieben werden können.
Die
131 steuerliche Förderung von Forschung soll künftig gezielter an KMUs und Start-ups
fließen,
132 ihre Wirksamkeit wollen wir evaluieren und erhöhen. Öffentliche Investitionszuschüsse
sollen
133 gerade bei neuen Technologien eine Starthilfe geben; Klimaverträge helfen,
dauerhafte
134 Planungssicherheit für langfristige Klimaschutzinvestitionen zu geben.

135 **Ein Gründungskapital einführen**

136 Um den Wohlstand von morgen zu sichern, brauchen wir eine neue
Gründer*innenwelle. Mit einem
137 Gründungskapital, das für Gründer*innen und Nachfolger*innen einen Einmalbetrag
bis maximal
138 25.000 Euro sicherstellt, wollen wir dafür sorgen, dass keine gute Idee und kein
Neustart an
139 zu wenig Eigenkapital scheitert. Bedingung ist, dass die geförderte Gründung sich an
den UN-
140 Nachhaltigkeitszielen ausrichtet und eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durch
Sachverständige

141 durchgeführt wird. Gründer*innen sollen es leicht haben: Statt sich durch ein
142 Verwaltungsdickicht quälen zu müssen, sollen sie Information, Beratung und die
Möglichkeit
143 zur Anmeldung in einer zentralen Anlaufstelle erhalten – überall in Deutschland. In den
144 ersten zwei Jahren sollen sie weitgehend von Melde- und Berichtspflichten befreit
werden.
145 Frauen sind bei Gründungen und Nachfolgen noch unterrepräsentiert, sie wollen wir
gezielt
146 fördern mit einem staatlichen Wagniskapitalfonds nur für Frauen. Vergabe- und
Auswahlgremien
147 besetzen wir paritätisch. Hürden sollten auch für Menschen mit Migrationsgeschichte
abgebaut
148 werden, hier lässt unser Land ein riesiges Potenzial brachliegen. Bei der öffentlichen
149 Vergabe beziehen wir Start-ups besser ein und vereinfachen dafür Vergabeverfahren
und Regeln
150 zur Eignungsprüfung. Wir werden die Mitarbeiterbeteiligung breiter zugänglich machen
und
151 erleichtern. Immer mehr Start-ups wollen mit digitalen Lösungen das Gemeinwohl
stärken. Dazu
152 integrieren wir sozial-ökologische Kriterien stärker in die bestehende
153 Gründungsfinanzierung.

154 **Fairer Wettbewerb um klimaneutrale Industrietechnologien**

155 Die energieintensiven Industrien – Stahl, Zement, Chemie – stehen für 15 Prozent des
156 deutschen CO₂-Ausstoßes. Zugleich bieten sie hunderttausende gute Arbeitsplätze
und sind
157 ebenso Eckpfeiler unseres Wohlstandes. Wir wollen diese Industrien zum
Technologievorreiter
158 bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse machen. Der Maschinenbau kann beim
weltweiten
159 Einsatz grüner Technologien made in Germany eine Schlüsselrolle einnehmen. So
bekämpfen wir
160 die Klimakrise und tragen zur Sicherung des deutschen Industriestandorts bei. Damit
die
161 Investitionen schon heute in auch langfristig klimaverträgliche Anlagen fließen
können,
162 fördern wir mit Investitionszuschüssen und degressiven Abschreibungen direkt die
163 Transformation. Mit dem Abbau von Hürden bei der grünen Eigenstromversorgung und
einem
164 zunehmenden Einsatz von grünem Wasserstoff treiben wir die Dekarbonisierung der
Prozesse
165 voran. Klimaverträge (Carbon Contracts for Difference), die die Differenz zwischen
dem
166 aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten finanzieren, sorgen
für
167 Investitionssicherheit. Und mit Quoten für den Anteil CO₂-neutraler Grundstoffe
schaffen wir
168 Leitmärkte für CO₂-freie Produkte. Pilotanlagen für noch nicht marktreife
emissionsarme

169 Technologien wollen wir besonders fördern. Und sofern möglich, sollte das Ziel sein,
170 dass
171 neue Industrieanlagen bereits emissionsfrei betreibbar gebaut bzw. exportiert werden.
172 Bei
173 der Transformation der Chemieindustrie setzen wir auf neue innovative Produkte,
174 Prozesse und
175 Verfahren, die neben der Treibhausgasneutralität auch die Kreislaufwirtschaft fördern,
176 die
177 Effizienz steigern, Emissionen und Abfälle von vornherein vermeiden und uns
178 unabhängig von
179 fossilen Rohstoffen wie Erdöl oder Erdgas machen.

175 **Zukunftsfähige Automobilindustrie**

176 Die Automobilindustrie steht vor gewaltigen Umbrüchen. Weltweit läuft der
177 Wettbewerb um das
178 emissionsfreie und digitale Auto der Zukunft. Nach Jahren des Stillstands hat sich auch
179 die
180 Branche in Deutschland endlich auf den Weg gemacht. Jetzt braucht es
181 Entschlossenheit und
182 Zusammenarbeit, um zukunftsfähige Arbeitsplätze und klimagerechte Wertschöpfung
183 in der
184 Autoindustrie zu schaffen. Die Transformation der Automobilwirtschaft hin zum
185 wichtigen
186 Akteur für nachhaltige Mobilität ist notwendig. Der Politik kommt dabei eine zentrale
187 Rolle
188 zu, sie muss den Rahmen setzen und den Transformationsprozess gestalten. Klar ist
189 dabei: Der
190 Verbrennungsmotor hat keine Zukunft. Wir wollen ab 2030 nur noch emissionsfreie
191 Autos neu
192 zulassen. Zudem wollen wir auch in der Autoindustrie Standards für eine
193 Kreislaufwirtschaft
194 und klimaneutrale Produktion sowie die Dekarbonisierung im Stahlbereich setzen,
195 sodass der
196 ökologische Fußabdruck der Fahrzeuge immer kleiner wird. Wir unterstützen diese
197 Transformation mit Forschungs- und Innovationsförderung für alle Technologieoptionen
198 und
199 wollen den schnellen Aufbau der Ladesäuleninfrastruktur und den Markthochlauf von
200 emissionsfreien Fahrzeugen im Rahmen eines kostenneutralen Bonus-Malus-Systems
201 fördern. Die
202 Potenziale neuer Mobilitätsdienstleistungen und des autonomen Fahrens für den
203 Industriestandort und auch für Klimaschutz und Verkehrssicherheit wollen wir dabei
204 heben.
205 Zudem gilt es, die Chancen für Wertschöpfung und Arbeitsplätze der Mobilitätswende
206 in den
207 Blick zu nehmen: von neuen Jobs im ÖPNV bis zur Fahrzeugproduktion. Wichtig ist
208 zudem, dass
209 Deutschland und Europa schnell den Anschluss bei der Batteriezellenproduktion
210 finden. Gerade
211 für die Batterien der nächsten Generation, die günstiger und ressourcensparender
212 sind,
213 wollen wir in Europa eine eigene, nachhaltige Batteriezellenproduktion schaffen, zu

der ein
 197 wirksames Recyclingsystem gehört sowie die Forschung und Entwicklung der nächsten
 198 Batteriegeneration. Dazu setzen wir auf klare Vorgaben bei den Ökostandards und ein
 199 umfassendes Forschungs- und Förderprogramm. Wir wollen die besonders betroffenen
 200 Autoregionen mit regionalen Transformationsdialogen und -fonds unterstützen. Damit
 erhalten
 201 wir die Wertschöpfungskette im Mittelstand und sichern Arbeitsplätze vor Ort. Die
 202 Beschäftigten der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer wollen wir mit
 203 Qualifizierungsangeboten und Weiterbildung unterstützen.

204 **Europäische Halbleiterindustrie stärken**

205 Eine erfolgreiche und weitsichtige Industriepolitik wird nur dann funktionieren, wenn
 auch
 206 gesamteuropäisch gedacht wird. Gerade mit Blick auf eine nötige sektorale
 Strukturförderung,
 207 wie den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur, der Solar modul- und
 Batterie zellfertigung
 208 oder die Förderung der Halbleiterindustrie, ist eine europäische Ausrichtung
 entscheidend.
 209 Um kritische Abhängigkeiten zu verringern, setzen wir auf europäische Kooperation
 mit
 210 offenen Standards. Die EU-Kapazität im Bereich der Halbleitertechnologie soll wie von
 der
 211 EU-Kommission vorgeschlagen auf 20 Prozent der weltweiten Produktion ausgebaut
 werden. Das
 212 gilt vor allem für die Bereiche, in denen wir bei der Halbleitertechnologie für
 industrielle
 213 Anwendungen bereits eine starke europäische Stellung haben oder in denen eine
 besonders
 214 dynamische zukünftige Entwicklung zu erwarten ist, wie zum Beispiel bei den
 erneuerbaren
 215 Energien. Hierzu müssen Investitionen entlang der Halbleiter-Wertschöpfungskette
 erhöht
 216 werden.

217 **Erneuerbare Energien made in Europe: Schlüsselbranche für den** 218 **Klimaschutz**

219 Um klimaneutral zu werden, brauchen wir vor allem eins: richtig viel erneuerbare
 Energien.
 220 Um die Anlagen dafür bauen zu können, wollen wir nicht komplett von
 außereuropäischen
 221 Lieferanten abhängig sein und so in die nächste Importabhängigkeit geraten. Die gute
 222 Nachricht ist: Noch gibt es Hersteller von wichtigen Komponenten wie Windrädern und
 223 Wechselrichtern in Europa und auch für die enorm wichtige PV-Modul-Produktion gibt
 es wieder
 224 erste Investitionen in Produktionskapazitäten. Zahlreiche Innovationen in der
 Photovoltaik
 225 deuten darauf hin, dass das Potenzial dieser Technologie bei weitem nicht
 ausgeschöpft ist.
 226 Die deutsche Solarindustrie soll zur Impulsgeberin werden. Diese Entwicklung wollen

- wir mit
 227 gezielten Investitionshilfen unterstützen.
- 228 **Kreislaufwirtschaft zum Standard machen, Reparatur- und**
 229 **Recyclingindustrie voranbringen**
- 230 Müll ist ein Designfehler und eine Verschwendung wichtiger Ressourcen und Rohstoffe
 – die
 231 endlich sind und uns abhängig machen. Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft brauchen
 wir eine
 232 neue Rohstoffpolitik, die den Einsatz von Primärrohstoffen reduziert, fossile durch
 233 nachwachsende Rohstoffe ersetzt und die globale Rohstoffgewinnung an hohe
 Transparenz-,
 234 Sozial- und Umweltstandards bindet. Bei der Gewinnung heimischer Rohstoffe wollen
 wir den
 235 Dialog zwischen den beteiligten Akteuren forcieren. Ob Verpackung, Gebäude, Auto
 oder Laptop
 236 – wir schaffen die gesetzlichen Rahmenbedingungen und ökonomischen Anreize dafür,
 dass alle
 237 Produkte lange verwendet, wiederverwendet, gemeinsam genutzt, repariert und
 hochwertig
 238 recycelt werden können. Im Ergebnis heißt das bis spätestens 2050: kein Müll mehr,
 Schluss
 239 mit geplantem Verschleiß, dafür mehr grüne Jobs vor Ort in einer neuen europäischen
 240 Reparatur- und Recyclingindustrie, die die Abhängigkeit von endlichen Ressourcen und
- 241 Rohstoffimporten verringert. Den Weg dorthin weisen wir mit verbindlichen
 242 Herstellerverpflichtungen, ambitionierten Recyclingquoten, Steuer- und
 Abgaberegelungen,
 243 Normen und Standards und gezielten Förderprogrammen. Bis 2030 werden wir alle
 Güter und
 244 Materialien, die auf den Markt kommen, mit einem digitalen Produktpass ausstatten,
 der
 245 Unternehmen und Verbraucher*innen alle für sie wichtigen Informationen über Design,
 CO₂-
 246 Fußabdruck, Reparierbarkeit und Materialien bereitstellt, die für eine klimaneutrale
 247 Kreislaufwirtschaft nötig sind. Effizienter Materialeinsatz und Kreislaufwirtschaft
 248 reduzieren den Energiebedarf und tragen wesentlich zum Gelingen der Energiewende
 bei.
- 249 **Forschungsergebnisse in die Praxis bringen, Gründungskultur beleben**
- 250 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird nach höchsten Standards
 geforscht.
 251 Vielversprechende Forschungsergebnisse – gerade auch aus der Grundlagenforschung
 – müssen
 252 aber noch öfter in die Praxis gelangen. Die Impfstoffe machen dabei Mut: Eine
 völlig
 253 neue Technologie ermöglichte in Rekordzeit die Entwicklung und Produktion gleich
 mehrerer
 254 Corona-Impfstoffe. Strukturelle Hemmnisse verhindern aber immer noch
 Ausgründungen. Die
 255 bestehenden Förderprogramme zum Transfer in die Anwendung reichen nicht aus. Wir

wollen den
256 Ausbau von Förderprogrammen für Hightech-Start-ups, Gründungszentren und
Entrepreneurship-
257 Ausbildungen vorantreiben. Die stille Beteiligung der öffentlichen Institutionen soll
zum
258 neuen Ausgründungsstandard werden. Zudem wollen wir die Entwicklung von
Impfstoffen,
259 Medikamenten und Medizinprodukten stärker fördern. Wenn sie mit einem erheblichen
Anteil
260 öffentlicher Gelder erforscht und entwickelt werden, sind an die Förderung klare
Bedingungen
261 bezüglich der Transparenz der Forschungskosten, fairer Preisgestaltung und weltweit
262 gerechten Zugangsmöglichkeiten zu knüpfen. Zusätzlich setzen wir uns für eine
mittelfristige
263 Vereinheitlichung des Gründungs- und des Gesellschaftsrechts innerhalb des
Europäischen
264 Wirtschaftsraums ein.

265 **Führungsgremien vielfältiger machen**

266 Deutschland ist vielfältig, seine Führungsetagen sind es (noch) nicht. Dabei führen
diverse
267 Teams Unternehmen erfolgreicher. Die Vielfalt der deutschen Gesellschaft muss sich
deshalb
268 auch dringend in den Führungs- und Entscheidungsgremien und der Wirtschaft
abbilden. Obwohl
269 Frauen mindestens gleich gut qualifiziert sind wie Männer, fehlen sie dort. Unser Ziel
ist
270 und bleibt: die Hälfte der Macht den Frauen. Freiwillige Regelungen haben nichts
gebracht.
271 Deshalb brauchen wir Quoten, die wirklich die kritische Masse herstellen, um zu
unserem Ziel
272 von 50 Prozent Frauenanteil zu gelangen. So soll zukünftig verpflichtend mindestens
ein
273 Drittel der Vorstandssitze größerer und börsennotierter Unternehmen bei
Neubesetzung an
274 Frauen gehen. Um das zu erleichtern, wollen wir auch Hindernisse wie fehlende
275 Elternzeitregelungen im Aktienrecht beseitigen. Die Aufsichtsräte dieser Unternehmen
sollen
276 bei Neubesetzungen verpflichtend einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent
anstreben.
277 Unternehmen, die in der Hand des Bundes sind oder an denen der Bund beteiligt ist,
278 Ministerien und Behörden sollen mit klaren Plänen für paritätische Betriebsstrukturen
als
279 gutes Beispiel vorangehen.
280 Karriereförderung beginnt nicht erst an der Spitze. Wir setzen uns deshalb dafür ein, in

281 Unternehmen und Organisationen Hürden für den Aufstieg von Frauen abzubauen. In
Ministerien,
282 Verwaltungen, Anstalten des öffentlichen Rechts, kommunalen Verbänden und
kommunalen
283 Unternehmen werden perspektivisch ebenfalls 50 Prozent Frauen in

Führungspositionen

284 angestrebt. Die Wirtschaftsförderung wollen wir geschlechtergerechter ausgestalten
und

285 Frauen dort, wo sie unterrepräsentiert sind, mit gezielten Maßnahmen fördern, zum
Beispiel

286 durch einen staatlichen Wagniskapitalfonds nur für Gründerinnen.

287 **Fachkräftemangel bekämpfen**

288 Durch den demografischen Wandel wird in den kommenden 15 Jahren die Zahl der
Menschen im

289 erwerbsfähigen Alter um sechs Millionen schrumpfen. Gleichzeitig erfordern die Berufe
der

290 Zukunft ganz neue Fähigkeiten. Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich
verstärken. Dem

291 wollen wir entgegenwirken. Dafür investieren wir mehr in berufliche und
berufsbegleitende

292 Bildung. Die duale Berufsausbildung soll durch eine Weiterentwicklung und
Modernisierung

293 insbesondere der Lehrinhalte und der Ausstattung aufgewertet werden. Die
Finanzierung bedarf

294 der Anpassung. Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei werden. Wir lassen
keine

295 Potenziale mehr ungenutzt: Hürden, die Frauen, Älteren, Menschen mit
Behinderungen,

296 Jugendlichen aus einkommensarmen Elternhäusern oder Menschen mit
Migrationsgeschichte oft

297 noch im Weg stehen, bauen wir ab und werden Geschlechterstereotypen
entgegenwirken.

298 Einwanderung in unser Land erleichtern wir mit der Einführung einer Talentkarte und
einer

299 schnelleren Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse, auch
wechselseitig in

300 der EU. Allgemein wollen wir die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
beschleunigen

301 sowie das Anerkennungsverfahren kostengünstiger gestalten. Um faire Verfahren bei
der

302 Anerkennung akademisch anerkannter Hochschulabschlüsse, die bisher ohne
staatliche

303 Anerkennung sind, für alle zu gewährleisten, wollen wir mögliche Anpassungsbedarfe
überprüfen und die Anerkennungspraxis verbessern. Geflüchtete sollen die Möglichkeit
zum

305 Spurwechsel bekommen, der ihnen während Ausbildung, Studium und Arbeit mehr
Rechtssicherheit

306 und damit eine berufliche Perspektive in Deutschland ermöglicht. Wir unterstützen
Betriebe,

307 die Geflüchteten und Einwander*innen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung
geben, bei

308 Bedarf durch konkrete Ansprechpersonen, Qualifizierung, Beratung und Begleitung.

309 **Mittelstandspolitik ist Innovationspolitik**

310 Der deutsche Mittelstand ist vielfältig, innovativ und international wettbewerbsfähig.
 Hier
 311 entstehen die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft, er sichert
 Wertschöpfung in
 312 den Regionen und für sie. Unsere Mittelstandspolitik setzt auf den Dreiklang aus einer
 313 Verringerung bürokratischer Lasten, einer innovationsfreundlichen Steuerpolitik sowie
 einer
 314 breitenwirksamen Forschungslandschaft. Mit schnelleren Planungen und
 Genehmigungen und einer
 315 effizienten, digitalen Verwaltung unterstützen wir den Mittelstand bei Innovation und
 316 Transformation. Berichtspflichten sollen vereinfacht werden. Dafür sollten Vorhaben
 317 ausgetestet und mit Anwender*innen aus Verwaltung und Unternehmen aller Größen
 gemeinsam
 318 verbessert werden. Dafür ist die konsequente Anwendung und Verbesserung
 sogenannter KMU-
 319 Tests auf nationaler und europäischer Ebene ebenso erforderlich wie der Ausbau
 320 innovationsorientierter öffentlicher Beschaffung. Zur Entlastung und Förderung der
 Solo-
 321 Selbständigen
 322 und Kleinstunternehmen wird die Gewinngrenze für die Buchführungspflicht
 angehoben. Wir
 323 setzen uns für gute Bedingungen für kleine Betriebe und Selbständige ein, damit sie
 im
 324 Wettbewerb faire Chancen erhalten. Förderprogramme und Investitionszuschüsse
 wollen wir
 325 nachhaltig ausgestalten und dafür sorgen, dass sie vor allem KMUs zugutekommen.
 Dafür sollen
 326 sie deutlich einfacher zu beantragen und zu dokumentieren sein. Außerdem sollen
 passgenaue
 327 Beratungen für Klimaschutz und Digitalisierung gefördert werden, auch über längere
 328 Zeiträume. Die Förderung regionaler Innovationsökosysteme aus Hochschulen,
 Mittelstand und
 329 Zivilgesellschaft wollen wir durch die Gründung einer eigenständigen
 Innovationsagentur
 330 (D.Innova) konsequent stärken. Ausgerichtet an den globalen Nachhaltigkeitszielen
 soll die
 331 D.Innova solche Innovationsnetzwerke systematisch, proaktiv und flexibel fördern –
 von
 332 Aachen bis Anklam, von Flensburg bis Füssen. Wir wollen die regionale Wirtschaft mit
 den vor
 333 Ort agierenden Unternehmen, Wertschöpfungsketten und Produkten stärken und
 setzen auf klar
 334 definierte
 335 regionale Kennzeichnungen und Förderkonzepte.

336 **Bezahlbare Mieten für kleine und mittlere Unternehmen**

337 Mit der Immobilienspekulation sind in den Städten vielfach auch die Gewerbemieten
 338 wirtschaftlich unverträglich angestiegen und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in
 Sicht.
 339 Viele kleine Händler*innen und Gewerbetreibende werden verdrängt. Wir wollen, dass
 kleine

340 und mittlere Unternehmen, genau wie soziale Einrichtungen, dauerhaft einen
verbesserten
341 Kündigungsschutz bekommen und mehr Rechte, befristete Mietverträge zu
angemessenen
342 Bedingungen zu verlängern. Darüber hinaus streben wir die Einführung einer
343 Gewerbemietpreisbremse an, die in Städten mit angespanntem Gewerberaummarkt
die Begrenzung
344 von Gewerbemieten erlaubt.

345

346 **Wettbewerbsrecht für das 21. Jahrhundert**

347

348 Ein starkes Wettbewerbsrecht ist die Voraussetzung für faire Wirtschaftsbeziehungen,
349 verhindert Monopole und schützt die Verbraucher*innen. Im Wettbewerb dürfen auch
der
350 Umweltschutz und soziale Standards nicht zum Kollateralschaden werden. Deshalb
wollen wir
351 die nationalen Regeln zu unlauterem Wettbewerb so anpassen, dass ein Verstoß gegen
Umwelt-
352 und Sozialstandards als unlauterer Wettbewerb verfolgt werden kann. Zudem wollen
wir
353 erreichen, dass Umweltschutzaspekte grundsätzlich im Rahmen von deutschen und
europäischen
354 Fusionskontrollverfahren berücksichtigt werden. Den Verbraucherschutz wollen wir zu
einem
355 Zweck des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen machen und seine
behördliche Durchsetzung
356 effektiv stärken. Das umstrittene Ministererlaubnisverfahren im Rahmen von
Fusionskontrollen
357 wollen wir so anpassen, dass Verfahrensgegner*innen wieder ihre vollständigen
358 Klagemöglichkeiten erhalten. Datenschutzbehörden sollen bei der
Zusammenschlusskontrolle des
359 Bundeskartellamts konsultiert und ihre Stellungnahmen bei der Entscheidung über
eine Fusion
360 berücksichtigt werden.

361 **Zukunftsfähigkeit eines starken Handwerks sichern**

362 Das Handwerk ist in unserem Alltag überall präsent und unverzichtbar. Es zeichnet
sich durch
363 eine große Heterogenität aus: vom Heizungsinstallateurbetrieb bis zur Bäckerei, vom
364 mittelständischen Unternehmen mit hunderten Beschäftigten bis zum Kleinstbetrieb.
Es ist
365 einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland. Das Handwerk bietet in
einer
366 nachhaltigen Wirtschaft krisensichere Arbeitsplätze und trägt entscheidend zur
ökologischen
367 Wende bei. Es bietet auch im ländlichen Raum jungen Menschen eine Perspektive.
Gerade für
368 sie liegen in der ökologischen Transformation riesige Chancen – von der
Gebäudesanierung bis
369 zum Heizungstausch. Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und
die gezielte

370 Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Rahmenbedingungen
verbessern. Oberstes
371 Ziel ist der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit der Betriebe. In verschiedenen Bereichen
wie
372 dem Gebäudebereich bedarf es auch der deutlichen Aufstockung der Anzahl der Aus-
und
373 Weitergebildeten. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf
eine
374 stärkere Tarifbindung, branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr
Gleichwertigkeit von
375 beruflicher und akademischer Ausbildung. Die Durchlässigkeit vom Studium zum
Handwerk und
376 zurück sollte selbstverständlich werden, genauso wie internationaler Austausch und
Zugang zu
377 Stipendien.

378 **Kultur schafft Wohlstand**

379 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine der am meisten unterschätzten Branchen in
380 Deutschland. Vor Corona erzielten die über 1,2 Millionen Kreativen und
Kulturschaffenden
381 allein im Jahr 2019 einen Umsatz von knapp 180 Milliarden Euro – mehr als
beispielsweise die
382 chemische Industrie oder Finanzdienstleister. Doch die Kultur- und Kreativwirtschaft ist
383 durch die Corona-Krise existenziell bedroht, besonders auch kleinere Betriebe wie
384 unabhängige Verlage, Privattheater, Programmkinos, kleine Clubs und
Veranstaltungsorte. Nur
385 mit gezieltem Schutz und verbesserter Förderung werden wir große Teile unseres
kulturellen
386 Lebens vor dem Wegbrechen retten können. Wir erweitern den Innovationsbegriff in
den
387 Programmen zur Existenzgründungsförderung, sodass davon auch die Kultur- und
388 Kreativwirtschaft profitiert. Förderprogramme schneiden wir spezifisch auf die
Bedürfnisse
389 der Kultur- und Kreativwirtschaft zu und wir bauen die Gründungsförderung aus der
390 Arbeitslosigkeit bedarfsgerecht aus.

391 **Der Tourismuswirtschaft nachhaltig auf die Beine helfen**

392 Die Reise- und Tourismuswirtschaft – ein zentraler Wirtschaftsfaktor und millionenfache
393 Arbeitgeberin – ist durch die Corona-Krise schwer getroffen. Wir wollen ihr wieder auf
die
394 Beine helfen und zugleich den Nach-Corona-Tourismus klimaschonender, ökologischer
und sozial
395 nachhaltiger gestalten. Ein ökologisch und sozial blinder Massentourismus mit
396 klimaschädlichen Kreuzfahrtschiffen, endloser Müllproduktion und riesigem
397 Ressourcenverbrauch hat keine Zukunft. Im Gegenteil, die Kreuzschiffahrt muss
endlich ihren
398 Beitrag leisten über neue Antriebe, die Verwendung von Landstrom und bessere
399 Umweltstandards. In einem nachhaltigen Tourismus liegen hingegen riesige Chancen.
400 Nachhaltigen oder sanften Tourismus wollen wir gerade in ländlichen Regionen gezielt
401 entwickeln, zum Beispiel durch den Ausbau touristischer Rad- und Wasserwege. Mit

einem
402 Shelter-System wie in Dänemark wollen wir Natur für alle erlebbar machen. Zugleich
sollen
403 Nationalparks, Biosphärenreservate und Naturschutzgebiete durch einen regulierten
Tourismus
404 nachhaltig geschützt werden. Die Bahn soll zum Tourismus-Reisemittel Nummer 1
werden – durch
405 ein europäisches Nachtzugnetz und die gezielte Anbindung touristischer Regionen an
das
406 Bahnnetz. So kann der Tourismus dabei mithelfen, eine Welt zu erhalten, die es sich
auch in
407 Zukunft noch zu bereisen lohnt.

408 **Wir geben dem Markt einen sozial-ökologischen Rahmen**

409 **Wohlstand und unternehmerischen Erfolg neu bemessen**

410 Wohlstand definiert sich nicht allein durch Wachstum des BIP, sondern lässt sich viel
411 breiter als Lebensqualität verstehen. Wir wollen den Erfolg Deutschlands und der
Unternehmen
412 neben ökonomischen auch anhand inklusiver, sozialer, ökologischer und
gesellschaftlicher
413 Kriterien messen und die politischen Leitplanken wie Anreize und Wirtschaftsförderung
414 entsprechend neu ausrichten. Dafür soll in Zukunft gemeinsam mit dem
415 Jahreswirtschaftsbericht ein Jahreswohlstandsbericht veröffentlicht werden. Dieser
416 berücksichtigt dann zum Beispiel auch den Beitrag des Naturschutzes, einer gerechten
417 Einkommensverteilung oder auch guter Bildung zum Wohlstand unserer Gesellschaft.
418 Entsprechend ändern wir die Erfolgsmessung auf Unternehmensebene und ergänzen
die
419 Bilanzierungsregeln um soziale und ökologische Werte, wie beispielsweise ihre
420 Treibhausemissionen, und setzen uns auch bei internationalen Vorschriften dafür ein.
So
421 erreichen wir endlich einheitliche Regelungen für die Messung von nachhaltigem
422 unternehmerischem Erfolg und leisten einen wichtigen Beitrag dazu, dass im
Wettbewerb
423 Nachhaltigkeit nicht mehr wie heute eher bestraft, sondern positiv angereizt wird.

424 **Den europäischen Green Deal ambitioniert gestalten**

425 Mit dem Europäischen Green Deal hat die EU-Kommission ein Programm vorgelegt, um
die
426 Europäische Union zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Es umfasst
427 Gesetzesvorschläge in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie für eine
gestärkte
428 Wettbewerbsfähigkeit, Energiesicherheit und Innovationsdynamik einer
dekarbonisierten
429 europäischen Wirtschaft. Wir setzen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung und eine
430 ehrgeizige Umsetzung auf allen Ebenen ein. Wir machen weiter Druck, damit die
ökologische

431 Wende dazu beiträgt, Ungleichheit zu verringern. Dafür wollen wir den Just Transition
Fund
432 aufstocken und ausbauen. In der Landwirtschaftspolitik kämpfen wir dafür, dass die
Reform
433 der Gemeinsamen Agrarpolitik und ihre Umsetzung unter die Ziele des Green Deal und
des
434 Pariser Klimaabkommens gestellt werden, da sie immense Auswirkungen auf Umwelt-
und
435 Artenschutz
436 entfalten. In der Handelspolitik wollen wir Umwelt- und Sozialkapitel von zukünftigen
437 Handelsverträgen rechtsverbindlich und sanktionierbar machen.

438 **Die Macht des EU-Binnenmarkts für die Transformation nutzen**

439 Der EU-Binnenmarkt ist eine Erfolgsgeschichte, die gerade im globalen Wettbewerb
auf seinen
440 hohen Standards beruht: im Verbraucher- und Datenschutz, im Umwelt- und
Gesundheitsschutz
441 sowie für die soziale und Produktsicherheit. Diese hohen Standards wollen wir im Sinne
einer
442 sozial-ökologischen Transformation des Binnenmarkts erhalten und ausbauen, denn sie
stärken
443 die Innovationskraft der Unternehmen, ermöglichen die Ausnutzung von
Skaleneffekten und
444 begünstigen den internationalen Handel. Um die Digitalisierung zu gestalten, müssen
wir
445 Dienstleistungen von Plattformen und ihre Marktmacht regulieren. Plattformen müssen
446 verpflichtet werden, europäische Qualitäts- und Sicherheitsstandards auch im Online-
Handel
447 zu gewährleisten. Die globale Lenkungswirkung des Binnenmarkts wollen wir steigern,
indem
448 wir sicherstellen, dass Unternehmen auf dem europäischen Markt auch international
449 Verantwortung für ihre Produktions- und Vertriebsweise entlang der gesamten
450 Wertschöpfungskette übernehmen. Die Handlungsspielräume von Kommunen in der
Europäischen
451 Union wollen wir ausbauen und die Daseinsvorsorge vor Liberalisierungsdruck
schützen.

452 **Sozialunternehmen und Genossenschaften stärken**

453 Wir wollen die Bereiche der Wirtschaft stärken, in denen langfristige Nachhaltigkeit
mehr
454 zählt als kurzfristige Rendite, und die oft auch einen Beitrag zur Demokratisierung der
455 Wirtschaft leisten. Wir unterstützen daher einerseits Genossenschaften, da sie
krisenfester
456 und gemeinwohlorientierter als andere Rechtsformen sind. Andererseits fördern wir
457 Sozialunternehmen, weil sie gesellschaftliche Anliegen mit unternehmerischem
Handeln direkt
458 mit sozial-ökologischen Zielen verbinden. Und wir begrüßen das Konzept der
459 Gemeinwohlökonomie, weil es die Idee des Gemeinwohls in die privatwirtschaftliche
Breite
460 trägt. Wir schaffen zielgruppenspezifische Finanzierungsinstrumente und wollen die

Programme

461 der klassischen Gründungs- und Innovationsfinanzierung ausweiten. Unser Ziel ist eine
462 Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch inspirierter und
am
463 Gemeinwohl orientierter Unternehmen. Dazu werden wir die Rahmenbedingungen für
ihr
464 Wirtschaften systematisch verbessern und bestehende Benachteiligungen beseitigen.
Den
465 Gründungszuschuss der Arbeitsagenturen wollen wir nicht allein vom wirtschaftlichen
Gewinn,
466 sondern auch von sozial-ökologischen Wirkungskriterien abhängig machen. Nicht
genutzte
467 Guthaben auf verwaisten Konten wollen wir – sofern keine Erbsprüche vorhanden
sind – für
468 einen Fonds nutzen, der zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen
investiert.

469 **Neue Formen für nachhaltiges Unternehmertum**

470 Wir setzen uns für die Einführung einer Unternehmensform für
Verantwortungseigentum ein.
471 Immer mehr Unternehmer*innen verstehen ihr Unternehmen nicht als individuell
konsumierbares
472 Vermögen. Sie wollen, dass ihr Unternehmen nicht dem kurzfristigen Shareholder-
Value dient,
473 sondern langfristig ausgerichtet und dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Dafür brauchen
sie
474 eine Rechtsform, die eine hundertprozentige Vermögensbindung an das Unternehmen
ermöglicht.
475 Gewinne werden reinvestiert oder gespendet. Die Stimmrechte können von den
Beschäftigten im
476 Kollektiv oder von Einzelnen treuhänderisch gehalten werden – sie werden nicht an
den/die
477 Meistbietende*n verkauft, sondern ähnlich wie in anwaltlichen Partnerschaften, immer
an
478 aktiv mit dem Unternehmen verbundene Personen weitergegeben.

479 **Wir bringen die Digitalisierung voran**

480 **Eine europäische Cloud-Infrastruktur**

481 Daten sind eine Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere für Anwendungen
der
482 Künstlichen Intelligenz. Gerade im industriellen Bereich wollen wir neue Ansätze
schaffen,
483 um eine gemeinsame, freiwillige Nutzung sowohl von nicht personenbezogenen als
auch von
484 personenbezogenen, aber anonymisierten Daten, zum Beispiel aus Entwicklungs- und
485 Fertigungsprozessen, zu verbessern und rechtssicher zu gestalten. Davon profitiert vor
allem
486 der Mittelstand. Hierfür braucht es klare gesetzliche Spielregeln für kooperative und

487 dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle wie zum Beispiel
488 Datengenossenschaften, die
489 eine gemeinsame und durch Kartellbehörden überprüfbare Nutzung dieser Daten
ermöglichen. Wir
489 wollen eigene europäische Standards und Regeln setzen. Die eigene kritische
Infrastruktur
490 wollen wir schützen und eine gemeinsame europäische Cloud-Infrastruktur auf Basis
von Open-
491 Source-Technologien realisieren. Europa muss in eigene Expertise im Bereich der
Verarbeitung
492 großer Datenmengen für Künstliche Intelligenz investieren.

493 **Hightech-Standort ausbauen**

494 Die rasante Entwicklung des Corona-Impfstoffs von Wissenschaftler*innen und
495 Unternehmer*innen aus Mainz hat gezeigt, welche Innovationskraft in unserer
Forschungs- und
496 Unternehmenslandschaft steckt. Eine Innovationskraft, die der Staat mit Tempo und
497 entschlossenen Investitionen unterstützen muss. Vor allem die Bereiche Künstliche
498 Intelligenz (KI), Quantencomputing-, IT-Sicherheits-, Kommunikations- und
Biotechnologie
499 oder auch die weitere Entwicklung von ökologischen Batteriezellen wollen wir
besonders
500 fördern, damit wir unsere technologische Souveränität sichern können und in der
weltweiten
501 Konkurrenz vorne mitspielen. Dabei legen wir einen besonderen Fokus darauf, die
ökologischen
502 und sozialen Potenziale der Technologien zu heben. So verbessern Innovationen die
503 Lebensbedingungen der Menschheit und sichern den Wohlstand von morgen. Dafür
benötigen wir
504 auch privates Risikokapital, das wir durch staatliche Fonds stark hebeln wollen. Um im
505 internationalen Standort-Wettbewerb mithalten zu können, bedarf es einer starken
506 europäischen Vernetzung von Spitzenforschung. Wir investieren in Spitzenforschung
und die
507 Bildung von Clustern in diesen Bereichen. Wir wollen bereits heute den Grundstein
legen für
508 die europäische Souveränität in weiteren Trends der KI, etwa mit der Unterstützung
eines
509 europäischen Ökosystems für das Erproben von allgemeiner Künstlicher Intelligenz
510 („Artificial General Intelligence“). Den Hightech-Standort auszubauen, heißt aber auch,
die
511 dringend benötigten Talente anzuziehen. In der Forschung bedeutet das angemessene
512 Finanzierung.

513 **Start-up-Wagniskapital eine Richtung geben**

514 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende
Technologien auch
515 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.

516 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Start-ups und junge Unternehmen auf
nationaler und
517 europäischer Ebene können den Unterschied zwischen einer guten Idee auf dem

Flipchart und
 518 einem weltweit erfolgreichen Unternehmen ausmachen. Ein staatlicher
 Wagniskapitalfonds kann
 519 helfen, unseren Gründer*innen dauerhaft eine Heimat zu geben. Wir fordern, noch
 mehr und
 520 noch schneller zu investieren. Dieser Zukunftsfonds soll verstreute Förderangebote
 bündeln
 521 und ein Vielfaches an privaten Geldern hebeln. Gleichzeitig sollte auch ein
 funktionierender
 522 Sekundärmarkt für Direktinvestitionen und Anteile an Wagniskapitalfonds aufgebaut
 werden,
 523 etwa durch eine Co-Investing-Plattform. Die Mission des Zukunftsfonds ist
 Nachhaltigkeit. Er
 524 finanziert insbesondere Projekte in Bereichen wie Greentech, Künstlicher Intelligenz,
 525 nachhaltiger Mobilität, Bioökonomie und Zirkulärwirtschaft, die wegen ihres
 Risikoprofils
 526 keine einfache Finanzierung am Markt bekommen. Wir wollen Finanzierungsformen
 gezielt für
 527 Gründungen von Start-ups der Green Economy anpassen und Barrieren beim Zugang
 zu Aufträgen
 528 der öffentlichen Beschaffung abbauen. Regionale Greentech-Hubs wollen wir fördern,
 um die
 529 Zusammenarbeit zwischen Start-ups und etablierten Unternehmen zu erleichtern.

530 **Internetgiganten regulieren**

531 Wir setzen uns für einen funktionierenden und fairen Wettbewerb auf digitalen
 Märkten ein.
 532 Durch übermäßige Marktmacht einzelner Internet- und Techgiganten wird dieser
 eingeschränkt
 533 oder gar aufgehoben. Relevante Erwerbsvorgänge von Tech-Konzernen sollten durch
 das
 534 Bundeskartellamt geprüft werden, um den strategischen Aufkauf von aufkeimender
 Konkurrenz
 535 („Killer Acquisitions“) zu verhindern. Dabei sollten Datenschutzbehörden eine
 Gelegenheit
 536 zur Stellungnahme erhalten. Die Interoperabilität ihrer Software und ihrer digitalen
 Dienste
 537 sowie Datenportabilität und offene Schnittstellen sind wo immer möglich von bereits
 538 marktbeherrschenden Unternehmen verpflichtend zu gewährleisten. Wir setzen uns
 für eine
 539 dementsprechend ambitionierte Umsetzung des Digital Markets Act auf europäischer
 Ebene ein.
 540 Unter dem Dach eines eigenständigen europäischen Kartellamts wollen wir deshalb
 eine
 541 europäische Digitalaufsicht etablieren, die als Frühwarnsystem fungiert und
 542 sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen kann.
 Unternehmen
 543 sollen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten werden können, wenn
 ihre Marktmacht
 544 zu groß wird oder bereits zu groß ist.

545 **Geschlechtervielfalt in der Digitalwirtschaft**

546 Alle sollen an der Gestaltung der digitalen Transformation beteiligt sein und ihre
 547 Potenziale einbringen können. Deshalb werden wir eine Strategie „Frauen in der
 548 Digitalisierung“ vorlegen und umsetzen. Mädchen sollen schon in der Grundschule für
 549 Digitalthemen begeistert werden und ohne Technikgenderstereotype aufwachsen. Wir
 brauchen
 550 eine geschlechtersensible Lehre, die gezielte Ansprache von Frauen für MINT-
 Studiengänge und
 551 Ausbildungsberufe sowie mehr Frauen in den Gremien, wo diese
 Richtungsentscheidungen
 552 getroffen werden. Darüber hinaus fördern wir familiengerechte Ausbildungswege für
 Frauen mit
 553 anderem beruflichem Hintergrund als Zugang zur Digitalbranche. In der Digitalbranche
 ist ein
 554 Kulturwandel erforderlich, auch um unser volles Innovationspotenzial auszuschöpfen.
 555 Freiwillige und verpflichtende Maßnahmen für die Unternehmen sind notwendig, um
 556 diskriminierungsfreie Arbeitsplätze und einen gleichberechtigten Zugang zu
 557 Gestaltungspositionen in der digitalen Transformation zu ermöglichen. Bei der Vergabe
 von
 558 Fördermitteln und öffentlichen Investitionen muss der Frauenanteil einer Organisation
 bzw.
 559 eines Start-ups berücksichtigt werden. Für staatliche Institutionen soll Diversität ein
 560 Leitprinzip für alle Digitalstrategien sein.

561 **Transparente Algorithmen**

562 Datenverarbeitende und algorithmische Entscheidungssysteme haben das Potenzial,
 neues Wissen
 563 zu generieren und so nachhaltigeres Handeln zu ermöglichen. Datengetriebene
 Systeme sind
 564 nicht neutral, da sie ein Produkt ihrer zugrunde liegenden Daten sind und somit
 565 diskriminierend und vorurteilsbehaftet sein können. Wir wollen daher Qualitätskriterien

 566 sowie die europäischen Anstrengungen für Transparenz und Überprüfbarkeit
 vorantreiben, damit
 567 algorithmische Entscheidungssysteme nicht diskriminierend wirken. Wir setzen uns ein
 für
 568 einen nach Risiken abgestuften europäischen Ordnungsrahmen für den Einsatz
 automatischer
 569 Systeme, klare Regeln zur Nachvollziehbarkeit, zum Datenschutz, zum Arbeitsrecht
 und zur
 570 Datenqualität, um Kontrolle und Haftung, aber auch Rechtssicherheit für betroffene
 Betriebe
 571 zu ermöglichen. Hier wollen wir verstärkt gleiche Standards auf europäischer Ebene
 572 definieren und umsetzen. Für eine öffentliche Kontrolle dieser Regeln müssen
 Behörden gut
 573 geschult und technisch dementsprechend aufgestellt sein. Das bedeutet auch eine
 574 Modernisierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sowie strenge Kriterien
 für den
 575 Einsatz von algorithmischen und automatischen Entscheidungen, insbesondere in der
 576 öffentlichen Verwaltung. Auch Plattformanbieter müssen ihre automatisierten
 Entscheidungen,
 577 Vergleiche oder Preise transparent machen und erklären können.

578 **IT-Sicherheit als Standortfaktor**

579 Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards sichern Grundrechte und sind
 die
 580 Voraussetzung, damit der digitale Wandel gelingt. Der Staat bleibt in der Pflicht, diese
 zu
 581 gewähren. Gerade die kritische Infrastruktur wie beispielsweise unsere Stromnetze
 muss
 582 besonders geschützt werden. Gute IT-Sicherheit ist längst auch ein wichtiger
 Standortfaktor.
 583 Wer digital souverän sein will, muss entsprechend handeln und darf die Sicherheit aller

 584 nicht unterlaufen. Ein effektiver und moderner Datenschutz schützt die
 Menschenwürde und
 585 nimmt verstärkt auch die Gesellschaft in Gänze in den Blick, um die Abwehr auch
 586 überindividueller Risiken kollektiv zu gestalten. Wir setzen Anreize für guten
 Datenschutz
 587 und beste IT-Sicherheit, wollen innovative, technische Ansätze zum effektiven Schutz
 der
 588 Privatsphäre ausbauen und Auditierungen und europäisch einheitliche Zertifizierungen

 589 vorantreiben. Vor allem KMUs sollen sehr viel stärker durch ein dezentrales und
 unabhängiges
 590 IT-Beratungsnetzwerk unterstützt werden. Der Staat selbst muss mit gutem Beispiel
 591 vorgehen, die wichtige Arbeit der Aufsichtsbehörden stärker unterstützen sowie ihre

 592 Kooperation im föderalen und europäischen Zusammenspiel verbessern, bis hin zur
 gemeinsamen
 593 Aufgabenwahrnehmung und Durchsetzung. Die Unabhängigkeit des BSI stärken wir.
 Bei
 594 staatlichen IT-Projekten muss IT-Sicherheit von Anfang an mitgedacht und
 implementiert
 595 werden. Zudem wollen wir die Entwicklung sicherer Hardware gezielt fördern. Im Sinne
 der
 596 Nachhaltigkeit digitaler Produkte führen wir eine Verpflichtung zu einer
 angemessenen,
 597 risikoorientierten und benutzerfreundlichen Bereitstellung von Sicherheitsupdates ein.
 Beim
 598 Ausbau digitaler Infrastrukturen, wie zum Beispiel 5G, wollen wir die Integrität unserer
 599 kritischen Infrastruktur, die digitale Souveränität Europas und die Einhaltung der
 600 Menschenrechte wie das Recht auf Privatsphäre sicherstellen. Dafür sind einerseits
 höchste
 601 IT-Sicherheitsstandards für Komponenten in digitalen Infrastrukturen nötig.
 Andererseits
 602 wollen wir die technologische Unabhängigkeit Europas durch verstärkte
 Eigenentwicklungen und
 603 produktionen, durch vielfältige digitale Ökosysteme und offene Standards stärken. Um
 604 Gefahrenlagen konkret bewerten zu können, müssen neben technischen auch
 rechtliche,
 605 rechtsstaatliche, sicherheitsrelevante und geostrategische Aspekte in die Prüfung
 einbezogen
 606 werden. Eine Beteiligung von nicht vertrauenswürdigen Unternehmen, insbesondere

aus

607 autoritären Staaten, an kritischer Infrastruktur lehnen wir ab.

608 **Wir kämpfen für einen fairen und nachhaltigen Handel**

609 **Neustart für gute Handelsverträge**

610 Handel ist eine wichtige Grundlage unseres Wohlstandes: Fairer Handel trägt zur Vertiefung

611 internationaler Partnerschaften und damit auch zu einer sicheren Welt bei. Gerade in Zeiten,

612 die zunehmend unter den Vorzeichen eines Systemwettbewerbs zwischen demokratischen und

613 autoritären Staaten stehen, setzen wir auf eine proaktive Handelspolitik. Wir wollen einen

614 multilateralen Welthandel und Handelsabkommen, die dem Wohlstand aller Menschen dienen, die

615 Umwelt- und Klimaschutz sowie die Einhaltung der Menschenrechte einfordern und die

616 Beziehungen mit unseren Partner*innen im Einsatz für Demokratie und Freiheit stärken. Eine

617 Zersplitterung von Handelsbeziehungen erschwert ein internationales Miteinander. Eine

618 nachhaltig und fair reformierte Welthandelsorganisation (WTO) muss zu einer echten globalen

619 Partnerschaft beitragen. In einem ersten Schritt wollen wir die WTO-Berufungsinstanz zur

620 Streitbeilegung wiederbeleben, um die Multiplizierung von Handelskonflikten nach dem Recht

621 des Stärkeren einzudämmen. Die Chance, mit der neuen US-Administration die Handelskonflikte

622 beizulegen und einen transatlantischen Markt für klimaneutrale Produkte zu schaffen, wollen

623 wir ergreifen. Abkommen mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt oder die

624 Ernährungssouveränität wie das EU-Mercosur-Abkommen mit lateinamerikanischen Staaten lehnen

625 wir ab. Die Europäische Union kann aufgrund des großen gemeinsamen Binnenmarktes

626 selbstbewusst in Handelsverhandlungen gehen. Europäische Handelsverträge müssen verbindliche

627 und durchsetzbare Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards enthalten und Marktöffnungen

628 im Dienstleistungsbereich

629 grundsätzlich nur in Positivlisten regeln. Dazu zählt, das Pariser Klimaschutzabkommen sowie

630 ILO-Kernarbeitsnormen zur Bedingung und einklagbar zu machen. Das europäische

631 Vorsorgeprinzip ist stets zu wahren. Gute Handelspolitik muss die kommunale Daseinsvorsorge

632 und die Möglichkeit der Rekommunalisierung ausreichend schützen.

Handelsabkommen sollten

633 nicht nur Rechte für Unternehmen, sondern auch ihre Pflichten regeln. Deshalb setzen wir uns

634 für einen multilateralen Handelsgerichtshof bei den Vereinten Nationen ein, der beides
635 abdeckt. Internationale Konzerne dürfen durch Handels- und Investitionsklagen nicht
noch
636 mächtiger werden, daher lehnen wir Klageprivilegien oder eine Sonderjustiz für
ausländische
637 Investor*innen ab. Wir wollen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten aus dem
vollkommen aus
638 der Zeit gefallenen Energiecharta-Vertrag aussteigen, auch um die Ziele des Green
Deal der
639 EU nicht zu gefährden. Wir lehnen Handelsabkommen ab, die Klima, Umwelt und
640 Verbraucher*innen nicht ausreichend schützen. Das CETA-Abkommen werden wir
deshalb in seiner
641 jetzigen Fassung nicht ratifizieren. Wir werden so sicherstellen, dass die gefährlichen
642 Investor-Staat-
643 Schiedsgerichte nicht zur Anwendung kommen. Auch an den derzeit vorläufig
angewendeten
644 Teilen von CETA üben wir erhebliche Kritik. Wir wollen das Abkommen gemeinsam mit
Kanada
645 weiterentwickeln und dadurch neu ausrichten. Wir wollen insbesondere die
demokratische
646 Kontrolle bei der regulatorischen Kooperation verbessern. Hier muss das
Europaparlament
647 künftig besser eingebunden werden. Zudem braucht es stärkere Regelungen zu
Umwelt-, Klima-
648 und Verbraucherschutz und die Sicherung des europäischen Vorsorgeprinzips. Das EU-
China-
649 Investitionsabkommen, das maßgeblich von der deutschen Bundesregierung
vorangetrieben wurde,
650 ist in den Bereichen Level Playing Field und Menschenrechte unzureichend. Wir können
ihm in
651 seiner jetzigen Form nicht zustimmen.

652 **Aktive Außenwirtschaftspolitik und fairer Wettbewerb**

653 Um legitime Sicherheitsinteressen zu schützen und gleiche Wettbewerbsbedingungen
für alle
654 Marktteilnehmer*innen durchzusetzen, muss die EU reagieren, wenn aus Drittländern
mit
655 unfairen Mitteln auf dem EU-Binnenmarkt agiert wird, sowie eine aktive
656 Außenwirtschaftspolitik betreiben. Anti-Dumping- und Anti-Subventions-Instrumente
müssen
657 weiterentwickelt werden, um ein Level Playing Field auf globalen Märkten zu erreichen.
Die
658 Anti-Dumping-Regeln müssen noch stärker als bisher auch bei Dumping durch niedrige

659 ökologische und soziale Standards anwendbar sein. Durch eine Reform
660 des EU-Beihilferechts können Wettbewerbsverzerrungen durch staatlich geförderte
Konzerne aus
661 anderen Weltregionen verhindert werden. Der EU-Prüfmechanismus für ausländische
662 Direktinvestitionen muss verbessert werden, um zu verhindern, dass europäische
Unternehmen

663 von hochsubventionierten ausländischen Firmen übernommen werden, und ein neues
EU-Instrument
664 gegen wirtschaftlichen Zwang soll der EU helfen sich gegen rechtswidrigen
ökonomischen Druck
665 von außen zu wehren. Die deutsche Außenwirtschaftsförderung und ihre Instrumente
müssen in
666 Zukunft – anstelle von fossilen Anlagen und Kraftwerken – Hidden Champions
unterstützen, die
667 beispielsweise Hightech für bessere Umwelt- und Lebensbedingungen herstellen. Dazu
müssen
668 sie konsequent am 1,5-Grad-Ziel, an der Agenda für nachhaltige Entwicklung und an
669 Menschenrechten ausgerichtet werden. Mit der EU-Kommission setzen wir uns für
einen
670 Grenzausgleich von CO₂-Kosten ein, damit ambitionierter Klimaschutz nicht zum
671 Wettbewerbsnachteil wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EU mit den
Einnahmen aus
672 diesem Grenzausgleich auch ärmere Handelspartnerländer bei der Dekarbonisierung
unterstützt.

673 **Fairer Handel für eine nachhaltige Entwicklung im globalen Süden**

674 Die Entwicklungschancen der Länder des globalen Südens sind stark davon abhängig,
wie fair
675 die Handelspolitik gestaltet wird. Fairer Handel muss zum Standard werden, auch um
676 postkoloniale Kontinuitäten zu durchbrechen. Dieser muss sich am Pariser
Klimaabkommen, an
677 der Agenda für nachhaltige Entwicklung sowie an den UN-
Kernmensenrechtsverträgen
678 orientieren. Bestehende Fair-Handels-Initiativen müssen gefördert werden. Es braucht
im
679 Sinne einer nachhaltigen globalen Strukturpolitik dringend eine gerechte
Handelspolitik mit
680 den Ländern des globalen Südens, die regionale Wertschöpfung, regionalen Handel
und
681 Integration fördert und ihnen genügend Raum lässt, durch Zölle und Quoten ihre
Märkte zu
682 schützen sowie durch Exportsteuern die Ausfuhr heimischer Rohstoffe zu beschränken.
So wird
683 der Aufbau heimischer Industrien gefördert. Zölle für Länder des globalen Südens auf
684 verarbeitete Produkte sollen gesenkt bzw. abgeschafft werden. Eine
Instrumentalisierung der
685 Entwicklungszusammenarbeit zur Flüchtlingsabwehr lehnen wir ab.

686 **Lieferkettengesetz europäisch umsetzen**

687 Viel zu oft kaufen wir Dinge, deren Herstellung auf dem Raubbau an Mensch und Natur
basiert,
688 obwohl wir das gar nicht wollen. Damit Unternehmen künftig Umwelt- und
Sozialstandards,
689 Menschenrechte sowie Klima- und Artenschutz entlang der gesamten internationalen
690 Wertschöpfungskette durchsetzen, braucht es ein verbindliches und wirksames
691 Lieferkettengesetz auf nationaler wie europäischer Ebene. Zudem schafft ein solcher
692 verbindlicher Rahmen gleiche Wettbewerbsbedingungen am Markt und er schafft

693 Rechtssicherheit. Den Kern einer solchen Regelung stellt eine zivilrechtliche Haftung
dar,
694 auf deren Grundlage Unternehmen im Schadensfall zur Verantwortung gezogen
werden können.
695 Nachbesserungen am deutschen Lieferkettengesetz sind dringend notwendig, zum
Beispiel eine
696 Ausweitung der erfassten Unternehmen, aber auch eine Erweiterung der
umweltbezogenen
697 Sorgfaltspflichten. Darüber hinaus setzen wir uns auch auf europäischer Ebene für
eine
698 ambitionierte, verbindliche Regelung in internationalen Lieferketten ein. Waren, deren
699 Herstellung mit schweren
700 Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel Kinder- oder Zwangsarbeit im
Zusammenhang
701 steht, soll der Zugang zum EU-Binnenmarkt verwehrt werden. Auf EU-Ebene werden
wir uns zudem
702 für einen Importstopp für Agrarprodukte einsetzen, die im Zusammenhang mit
illegaler
703 Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung stehen. Weltweit wird
Wald,
704 insbesondere so wichtiger Tropen-, Ur- und Mangrovenwald, mit fortschreitender
705 Geschwindigkeit abgeholzt und abgebrannt – vor allem für die agrarindustrielle
Produktion
706 wie den Anbau von Soja und Palmöl, für Bergbau oder Holzeinschlag. Ein Großteil der
Güter
707 wird in die EU importiert. Die EU-Holzhandelsverordnung wollen wir stärken, die
Verwendung
708 von Soja und Palmöl als Kraftstoff jetzt stoppen und Strategien zur Reduktion von
Palmöl und
709 Soja in anderen Bereichen voranbringen. Wir schützen hier und weltweit den Wald,
fördern die
710 Wiederbewaldung und Renaturierung zerstörter Flächen und wollen dazu Verträge und
Partnerschaften mit entsprechenden Ländern schließen. Wir setzen uns zudem für
711 gentechnikfreie Lieferketten ein. Auf internationaler Ebene muss die Erarbeitung eines
712 rechtsverbindlichen UN-Abkommens zu Wirtschaft und Menschenrechten (Binding
713 Treaty)
714 vorangetrieben werden.

715 **Wir machen die Finanzmärkte stabiler und nachhaltiger**

716 **Grüne Finanzmärkte**

717 Im Kampf gegen die Klimakrise und beim sozial-ökologischen Umbau unserer
Wirtschaft spielt
718 das Finanzsystem eine bedeutende Rolle. Noch immer werden Milliarden in fossile
Energien und
719 Geschäftsmodelle, die auf der Zerstörung der Ökosysteme und der Verletzung der
720 Menschenrechte aufbauen – und damit gegen unsere Zukunft –, investiert. Wir werden
721 durchsetzen, dass sich die öffentliche Hand vollständig aus diesen Investitionen
722 zurückzieht, wenn weiterhin keine verlässlichen
723 Schritte für eine nachhaltige Transformation der dahinterstehenden Unternehmen

eingeleitet

724 werden. Öffentlich-rechtliche Banken, Versicherer und Pensionsfonds sowie der Bund
als
725 Investor und Miteigentümer von Unternehmen müssen eine Vorreiterrolle bei der
grünen
726 Finanzwende und der Transformationsfinanzierung einnehmen. Klima- und
Umweltrisiken sollen
727 offengelegt und bei Banken und Versicherungen mit Eigenkapital unterlegt werden
sowie bei
728 Ratings berücksichtigt werden. Alle Anlagen, nicht nur grüne, müssen eine
729 Nachhaltigkeitsbewertung haben, die für alle Anleger*innen transparent ist. Dabei sind
neben
730 den Klimazielen auch andere Umweltwirkungen, Menschenrechte, Arbeitsnormen und
731 Entwicklungsziele zu berücksichtigen. Dafür braucht die BaFin eine robuste ESG-
732 Aufsichtskompetenz gemäß der Sustainable-Finance-Regulierung. Auch in die
Anlageberatung
733 muss diese Bewertung einfließen. Zum Schutz des Klimas, aber auch zum Schutz der
734 Anleger*innen, brauchen wir eine einheitliche Zertifizierung nachhaltiger
Finanzprodukte auf
735 europäischer Ebene. So sorgen wir dafür, dass Kapital von schmutzigen in grüne und
736 nachhaltige Investitionen umgelenkt wird. Atomkraft ist keine grüne Geldanlage.

737 **Saubere Bilanzen am deutschen Kapitalmarkt**

738 Beim Bilanzskandal Wirecard sind die zuständigen Wirtschaftsprüfer*innen und die
staatliche
739 Aufsicht an ihrer Aufgabe gescheitert. Erst nachdem ein neues Unternehmen auf die
Bilanzen
740 geblickt hatte, wurde ordentlich geprüft, während man die Jahre davor immer wieder
Bilanzen
741 durchwinkte, um die eigenen Versäumnisse der Vorjahre zu vertuschen. Wir wollen,
dass
742 Unternehmen in der Regel nach sechs Jahren ihre Wirtschaftsprüfer*innen wechseln
müssen.
743 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften dürfen nicht gleichzeitig Unternehmen beraten, die
sie
744 prüfen. Die Aufdeckung von Bilanzbetrug muss als Ziel gesetzlich verankert werden.
745 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften müssen wirksam staatlich beaufsichtigt werden.
Die
746 persönliche Haftung von Entscheider*innen in Unternehmen muss bei Rechtsverstößen
747 tatsächlich wirksam werden. Auch Aufsichtsräte müssen gestärkt und kompetent
besetzt werden.
748 Die Vergütung von Vorständen muss sich am langfristigen Unternehmenserfolg statt
am
749 kurzfristigen Börsenkurs orientieren.

750 **Eine Finanzaufsicht mit Zähnen**

751 Wir brauchen eine Finanzaufsicht mit Zähnen, die Missstände aufzeigt, statt sie zu
752 ermöglichen. Bei Wirecard hat auch die deutsche Finanzaufsicht (BaFin), wie so häufig
zuvor
753 kläglich versagt. Als Aufseherin verbot die BaFin Leerverkäufe gegen Wirecard und

zeigte
 754 Journalist*innen an, die Unregelmäßigkeiten aufdeckten. Das kam einem Persilschein
 für
 755 Wirecard gleich. Anleger*innen haben im Ergebnis nicht nur ihr Geld, sondern zugleich
 auch
 756 das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland und seine Aufsicht verloren. Für ehrliche

 757 Unternehmen wird die Finanzierung so künftig schwieriger und teurer. Kultur und
 758 Selbstverständnis der BaFin müssen sich deshalb komplett ändern. Es braucht eine
 759 Fehlerkultur innerhalb der Aufsicht und eine Kultur der Skepsis und des Hinterfragens.
 Wir
 760 wollen eine Finanzpolizei mit umfassenden Prüfungsrechten schaffen, die
 Informationen mit
 761 allen zuständigen Behörden im In- und Ausland austauscht. Dem Zoll als
 Bundesbehörde kommen
 762 wichtige Aufgaben im Bereich der Bekämpfung der Finanzkriminalität,
 Steuerhinterziehung und
 763 Geldwäsche zu. Momentan ist er personell und organisatorisch nicht in der Lage, diese

 764 Funktion zu erfüllen. Wir werden ihn besser und mit den notwendigen rechtsstaatlich
 765 abgesicherten Befugnissen ausstatten, damit er künftig schwere Finanzkriminalität
 effektiv
 766 bekämpfen kann.

767 **Das Bankgeschäft muss wieder langweilig werden**

768 Auch über zehn Jahre nach der Finanzkrise geht von Banken noch immer eine Gefahr
 für die
 769 Wirtschaft aus. Noch immer ist nicht ausgeschlossen, dass im Falle einer Pleite die
 770 Steuerzahler*innen haften. Wir wollen deshalb zurück zum „Boring Banking“. Banken
 sollen
 771 nicht spekulieren, sondern die Realwirtschaft finanzieren. Statt der immer
 772 undurchsichtigeren Regulierungsflut wollen wir einfache und harte Regeln. Die
 773 Regulierungslücken bei Schattenbanken, Zahlungsdienstleistern und Fintechs
 schließen wir,
 774 jedes Produkt und jeder Akteur muss reguliert sein. Wir werden die Schuldenbremse
 (Leverage
 775 Ratio) für Banken verbindlich machen und schrittweise auf 10 Prozent erhöhen. Das
 riskante
 776 Investmentgeschäft muss vom Einlagen- und Kreditgeschäft getrennt werden
 777 (Trennbankensystem). Auch Investmentbanken müssen konsequent beaufsichtigt und
 778 Geschäftsbereiche, die zu Interessenskonflikten führen, ausgegliedert werden. Es
 braucht
 779 eine starke Fusionskontrolle und zu große Banken sollen entflochten werden. Für kleine

 780 Banken, von denen kein Risiko für das Finanzsystem ausgeht, sollten hingegen
 einfachere
 781 Regeln gelten. Spekulation und Kurzfristorientierung werden wir, unter anderem durch
 eine
 782 EU-weite Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage, unattraktiv
 machen. Um
 783 die Stabilität und Berechenbarkeit der Finanzmärkte zu erhöhen, werden wir den

schädlichen
784 Hochfrequenzhandel eindämmen.

785 **Schmutziges Geld einziehen**

786 Unser Land ist derzeit ein Paradies für Geldwäsche. Wir werden mit einer umfassenden
787 Strategie gegen Geldwäsche vorgehen. Bei allen Gesellschaften, Stiftungen und
sonstigen
788 Konstrukten muss umfassende Transparenz über die wirtschaftlich Berechtigten
bestehen. Wir
789 befürworten eine Absenkung der Identifizierungspflicht auf 10 Prozent. Lücken und
790 Umgehungsmöglichkeiten des Transparenzregisters werden geschlossen. Die
Finanzaufsicht muss
791 in der Geldwäschebekämpfung eine aktive Rolle spielen, statt Verdachtsmeldungen
nur
792 weiterzureichen. Im Nichtfinanzsektor, gerade bei Immobilien, bleibt Geldwäsche
besonders
793 oft unentdeckt. Wir werden bundesweite Mindeststandards für Aufsicht, Prüfungen,
Ressourcen
794 und Personal durchsetzen. Die Zuständigkeit für die Bekämpfung der Geldwäsche soll
795 vollständig auf den Bund übergehen. Illegale Gelder und Vermögenswerte werden wir
umfassend
796 abschöpfen. Das Einfrieren von verdächtigen Finanztransaktionen wollen wir
erleichtern und
797 die Dauer von Transaktionsverboten verlängern, um die Strafverfolgung zu sichern.
Wir werden
798 die Einführung einer hohen Obergrenze für Bargeldzahlungen, wie von der EU-
Kommission
799 vorgeschlagen, prüfen.

800 **Digitalen Euro einführen**

801 Digitales Bezahlen gewinnt in unserem Alltag stetig an Bedeutung. Es ist bequem,
schnell und
802 soll noch sicherer werden. Wir befürworten die Initiative der Europäischen Zentralbank
803 (EZB), einen digitalen Euro zu schaffen. Sie gewährleistet dabei Daten- und
Rechtssicherheit
804 für Verbraucher*innen und Unternehmen und erhöht die Effizienz der Euro-
Transaktionen. Sie
805 wirkt ungerechtfertigten Kosten durch Oligopole entgegen. Private Firmen können auf
dieser
806 Grundlage Produkte und Apps aufbauen. Ein digitaler Euro löst klassisches Bargeld
nicht ab,
807 sondern ergänzt es. Eine Aushöhlung des Geld- und Währungsmonopols durch private
Währungen
808 mächtiger Großkonzerne lehnen wir strikt ab. Bei allen digitalen Zahlungen und
809 Kryptowährungen müssen die tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten analog zu
Regelungen
810 beim Bargeld ab einer gewissen Schwelle ermittelt werden. Zur Bekämpfung von
Verbrechen wie
811 Geldwäsche, Darstellung sexualisierter Gewalt gegen Kinder, Steuerhinterziehung und

Terror-

- 812 Finanzierung braucht es auch für den Bereich des digitalen Bezahls klare Regeln.
813 Bestehende Kooperationspflichten von Kryptotauschbörsen wollen wir erweitern und
814 Ermittlungsbehörden angemessen in diesem Bereich schulen. Wir wollen den rasanten
815 Entwicklungen im Bereich dezentraler Finanzanwendungen gerecht werden und die
Chancen und
816 Risiken von Kryptowährungen und Blockchains differenziert ausloten.

817 **Wir vollenden die Europäische Wirtschafts- und** 818 **Währungsunion**

819 **In Europas Zukunft investieren**

- 820 Europas Gesellschaften und Unternehmen leben von einer starken öffentlichen
Infrastruktur.
821 Daher ist es umso gefährlicher, dass in den letzten Jahren so sehr auf Verschleiß
gefahren
822 und nicht investiert wurde. Wir wollen die Europäische Währungsunion zu einer
Sozialunion
823 ausweiten. In wichtigen Zukunftsfeldern wie der Digitalisierung oder der
Batterieproduktion
824 droht Europa den Anschluss zu verlieren. Wir werden in der EU konsequent in
Klimaschutz,
825 Digitalisierung, Forschung und Bildung investieren. Dafür wollen wir das neu
geschaffene
826 Wiederaufbauinstrument verstetigen und in ein permanentes Investitions- und
827 Stabilisierungsinstrument unter der Kontrolle des Europäischen Parlaments
überführen. Damit
828 sollte die EU sowohl in wichtige Zukunftsbereiche investieren als auch in Krisen
829 stabilisierend wirken können. Gleichzeitig stärken wir den EU-Haushalt, indem wir ihn
mit
830 eigenen Einnahmen ausstatten. Die EU soll die Einnahmen des CO₂-Grenzausgleichs
erhalten.
831 Auch die Besteuerung von Plastik und Digitalkonzernen und möglichst auch der
832 Finanztransaktionen soll den EU-Haushalt stärken. Wir wollen gemeinsam mit unseren
833 europäischen Partnern den Stabilitäts- und Wachstumspakt so reformieren, dass ein zu
hoher
834 Kürzungs- und Privatisierungsdruck verhindert wird und Zukunftsinvestitionen in allen
835 Mitgliedsländern weiter erhöht werden können. Öffentliche Daseinsfürsorge, gute
836 Gesundheitsversorgung und Bildung müssen in allen europäischen Mitgliedsländern
gestärkt
837 werden.

838 **Währungsunion vollenden, Europa krisensicher aufstellen**

- 839 Es war ein Fehler, dass die Konservativen jahrzehntelang eine eigene Fiskalpolitik
Europas
840 verhindert haben. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die EU mit einem nachhaltigen
841 Investitionsfonds ein Instrument für eine dauerhafte, eigene Fiskalpolitik erhält. Der
Fonds
842 stabilisiert im Krisenfall und investiert in europäische öffentliche Güter wie Klima,

843 Forschung, digitale Infrastruktur, Eisenbahn und Bildung. Er muss so gestaltet werden,
 844 dass
 845 er im Krisenfall nicht durch einzelne Länder blockiert werden kann und eine starke
 846 Kontrolle
 847 durch das Europaparlament sichergestellt ist. Der Europäische Stabilitätsmechanismus
 848 wird zu
 849 einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt. In ihm erhalten die Länder eine
 850 nicht
 851 konditionierte kurzfristige Kreditlinie. So wird Spekulation gegen einzelne Staaten
 852 schon im
 853 Vorfeld abgewendet. Die Bankenunion wird durch eine gemeinsame Einlagensicherung
 854 als
 855 Rückversicherung vollendet, damit jeder Euro überall gleich sicher ist. Durch eine
 856 gemeinsame und stärker antizyklische Fiskalpolitik entlasten wir die Zentralbank und
 857 sorgen
 858 dafür, dass sie künftige Brände nicht wieder alleine löschen muss. Darüber hinaus
 859 begrüßen
 860 wir, dass die EZB ihrer Verantwortung für die Stabilität des Euro in allen
 861 Mitgliedstaaten
 862 nachkommt, indem sie Zinsunterschiede innerhalb der Eurozone in Grenzen hält. Wir
 863 stehen zur
 864 Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Gleichzeitig begrüßen wir die Debatte
 865 der EZB
 866 über ihre neue geldpolitische Strategie. Die Klimakrise hat massive Rückwirkungen auf
 867 unsere
 868 Volkswirtschaften, es ist deshalb sinnvoll, dass alle geldpolitischen Maßnahmen den
 869 Einfluss
 870 der Klimakrise auf die Geldwert- und Finanzstabilität berücksichtigen. Zudem hat die
 871 EZB die
 872 Aufgabe, die allgemeine Wirtschaftspolitik der EU zu unterstützen. Wie sie den
 873 Europäischen
 874 Green Deal mit seinen ökologischen und sozialen Zielen als wirtschaftspolitische
 875 Leitstrategie der EU stärkt, obliegt ihrer unabhängigen Entscheidung.

861 **Euro zur Leitwährung machen**

862 Wir wollen, dass sich der Euro zu einer glaubwürdigen, internationalen Leitwährung
 863 entwickelt, damit Europa seine Souveränität bewahrt und ausbaut. Langfristig soll ein
 864 starker und stabiler Euro seinen Platz in einem kooperativen globalen
 865 Weltwährungssystem
 866 finden. Der Euro ist ein wesentlicher Baustein einer umfassenden Strategie, die
 867 europäische
 868 Werte auf der globalen Ebene stärkt und durchsetzt. Wir werden sichere europäische
 869 Vermögenswerte schaffen, in denen die Welt sparen kann. In Zukunftsmärkten wie
 870 Investitionen
 871 in Klimaschutz soll der Euro das internationale Zahlungsmittel werden. Um die
 872 internationale
 873 Rolle des Euro zu stärken, braucht es aber auch innereuropäische Solidarität: Wir
 874 wollen
 875 Ungleichgewichte gemeinsam in Überschuss- und Defizitländern reduzieren sowie
 876 wirtschafts-
 877 und finanzpolitische Entscheidungen als Gemeinschaft treffen.

872 **Wir haushalten solide, weitsichtig und gerecht**

873 **Bundeshaushalt wird zukunftstauglich**

874 Wir wollen den Bundeshaushalt nachhaltiger, gerechter und transparenter machen.
Nachhaltiger
875 wird er, wenn wir die umweltschädlichen Subventionen endlich beenden. Immer noch
876 subventionieren die öffentlichen Haushalte des Landes mit über 50 Milliarden Euro
877 klimaschädliches Verhalten. Wir werden diese Subventionen schrittweise abbauen und
den
878 Bundeshaushalt klimagerecht machen. In einem ersten Schritt können wir so über 15
Milliarden
879 Euro jährlich einnehmen und sie für die Finanzierung von Klimaschutz und sozialer
880 Gerechtigkeit einsetzen. Für die Ausgaben des Bundes streben wir eine Klima- und
881 Biodiversitätsquote an, die schrittweise steigen soll. Zur Finanzierung dieser
nachhaltigen
882 Ausgaben setzen wir auf grüne Anleihen. Mit dem Gender Budgeting erreichen wir eine

883 konsequente Berücksichtigung und Einbeziehung von Gleichstellungsaspekten bei
finanz- und
884 haushaltspolitischen Entscheidungen. Das macht den Haushalt gerechter. Durch die
Gestaltung
885 des Bundeshaushaltes nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung machen wir
ihn
886 transparenter und generationengerechter. Unser Steuersystem wollen wir schrittweise
so
887 umbauen, dass Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch stärker besteuert werden
und dafür
888 beispielsweise Steuern und Abgaben auf Arbeit verringert werden, oder die Einnahmen
etwa als
889 Energiegeld zurückgegeben werden.

890 **Sorgsamer Umgang mit Steuergeld**

891 In den vergangenen Jahren wurde im großen Umfang Geld im Bundeshaushalt
verschwendet. Die
892 Pkw-Maut war ein Desaster mit Ansage. Das Verteidigungsministerium hat Millionen in
teure
893 Beraterverträge versenkt. Schlecht gemachte öffentlich-private Partnerschaften haben
sich
894 für die privaten Unternehmen als lukrativ und für die Steuerzahler*innen als teuer
erwiesen.
895 Wir werden sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler*innen umgehen. Das und das
Streichen von
896 überflüssigen Ausgabeposten hat für uns Vorrang vor Kreditaufnahme und
Einnahmeerhöhungen.
897 Wir werden künftig Transparenz herstellen und alle ÖPP-Verträge veröffentlichen.
898 Grundsätzlich wollen wir, dass ÖPP nur dann in Betracht kommen dürfen, wenn sich
durch sie,
899 langfristig und sicher, ein Mehrwert oder geringere Kosten für die Steuerzahler*innen
900 ergeben. Im Verkehrsbereich wollen wir ÖPP-Projekte gesetzlich ausschließen. Die
Kontrolle

901 bei Bauvorhaben und großen öffentlichen Beschaffungen wird verbessert. Weitere
902 Privatisierungen öffentlicher Unternehmen im Bereich der öffentlichen Pflichtenaufgaben
der
903 Daseinsvorsorge lehnen wir ab.

904 **Schuldenbremse reformieren, Investitionsregel einführen**

905 Deutschland verfügt auch nach der Corona-Krise über tragfähige Staatsfinanzen. Die
Zinsen
906 sind historisch niedrig, das Vertrauen in deutsche Staatsanleihen ist hoch. Wir haben
aber
907 ein Zukunftsproblem. Die Erde erhitzt sich, die Schulen verfallen und Deutschland
gehört
908 beim schnellen Internet zu den Schlusslichtern der EU. Wir investieren zu wenig in
unser
909 Land. Das sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand
gefährden.
910 Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz für Bund und Länder zeitgemäß
gestalten, sodass
911 die Tragfähigkeit der zukünftigen Zinslast gewährleistet ist, und zugleich die so
dringenden
912 Investitionen zu ermöglichen. Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeitigen
913 strikten Regelungen; bei Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen,
erlauben
914 wir eine begrenzte Kreditaufnahme in Höhe der Netto-Investitionen. So
915 schaffen wir öffentliches Vermögen, das uns allen gehört, denn die Rendite öffentlicher
916 Investitionen ist hoch, während der Bund keine Zinsen für seine Kredite bezahlt.

917 **Mehr Steuergerechtigkeit schaffen**

918 Steuern sind die Grundlage für die Finanzierung unseres Gemeinwesens und zentraler
Hebel für
919 Gerechtigkeit. Wir möchten es gerechter und transparenter für die Bürger*innen
machen.
920 Angesichts der Corona-Krise wird die Lage der öffentlichen Haushalte in den
kommenden Jahren
921 sehr
922 angespannt sein. Daher müssen alle Veränderungen im Steuerrecht mindestens
aufkommensneutral
923 sein. Ziel ist, dass alle einen fairen Beitrag leisten. Heute aber tragen die obersten 10
924 Prozent der Einkommen über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die
mittleren
925 Einkommen. Das ändern wir, indem wir den Grundfreibetrag der Einkommensteuer
erhöhen, um
926 kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Im Gegenzug wollen wir den
Spitzensteuersatz
927 moderat anheben. Ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und
200.000 Euro für
928 Paare wird eine neue Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent eingeführt. Ab einem
929 Einkommen von 250.000 bzw. 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem
Spitzensteuersatz
930 von 48 Prozent. Zusätzlich werden hohe Manager*innengehälter oberhalb von 500.000

Euro nicht
 931 mehr zum Abzug als Betriebsausgaben zugelassen. Kapitalerträge werden unter
 Beibehaltung des
 932 Sparerfreibetrages mit dem individuellen Steuersatz veranlagt. Banken und andere
 933 Finanzinstitute behalten weiterhin Kapitalertragsteuer ein, die eine Vorauszahlung auf
 die
 934 persönliche Einkommensteuer darstellt. Für auf Unternehmensebene bereits
 versteuerte
 935 Einkommen wie Dividenden gilt wieder generell das Teileinkünfteverfahren, das die
 936 Kapitalerträge auf Anlegerebene teilweise steuerlich freistellt.
 Aktienkleinanleger*innen
 937 entlasten wir so spürbar und nähern uns dem Ideal eines finanzierungsneutralen
 Steuersystems
 938 an. Wir werden die bislang nach einer Zehn-Jahres-Frist geltende Steuerfreiheit für
 939 Veräußerungsgewinne von Grundstücken und Immobilien abschaffen. Auch werden wir
 die
 940 Steuerfreiheit für andere Veräußerungsgewinne, beispielsweise beim Handel mit
 Edelmetallen,
 941 Rohstoffen oder Kryptowerten, abschaffen. Untere und mittlere Einkommen entlasten
 wir unter
 942 anderem durch die Einführung einer Kindergrundsicherung und durch unser
 Energiegeld. Soweit
 943 durch mobiles Arbeiten Kosten für Arbeitnehmer*innen entstehen, müssen diese vom
 Arbeitgeber
 944 erstattet werden oder steuerlich als Werbungskosten absetzbar sein. Die
 945 Vermögensungleichheit in Deutschland hat stark zugenommen und liegt weit über
 dem EU-
 946 Durchschnitt. Das liegt unter anderem daran, dass es sehr reichen Menschen möglich
 ist,
 947 durch Gestaltungen einer Besteuerung von Vermögen, etwa bei der Erbschaftssteuer,
 nahezu
 948 komplett zu entgehen. Wir wollen solche Gestaltungsmöglichkeiten abbauen und
 große Vermögen
 949 wieder stärker besteuern. Dafür gibt es verschiedene Instrumente wie zum Beispiel die
 950 Erbschaftssteuer oder die Vermögensteuer. Die Einführung einer neuen
 Vermögensteuer für die
 951 Länder ist unser bevorzugtes Instrument. Die Länder sollten die Einnahmen dieser
 Steuer für
 952 die Finanzierung der wachsenden Bildungsaufgaben einsetzen. Die Vermögensteuer
 sollte für
 953 Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent
 betragen.
 954 Begünstigungen für Betriebsvermögen werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten
 und
 955 wirtschaftlich gebotenen Umfang einführen. Dabei streben wir Lösungen an, die
 zusätzliche
 956 Anreize für Investitionen schaffen und die besondere Rolle und Verantwortung von
 957 mittelständischen und Familienunternehmen berücksichtigen. Ungerechtfertigte
 Ausnahmen im
 958 Bereich der Umsatzsteuer bauen wir ab und sorgen dadurch auch hier für mehr

Fairness bei der
959 Finanzierung staatlicher Aufgaben.

960 **Konsequent gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung vorgehen**

961 Jedes Jahr verlieren die Steuerzahler*innen hohe Milliardenbeträge durch
Steuerhinterziehung
962 und aggressive Steuervermeidung. Wir wollen mit einer umfassenden Strategie
dagegen
963 vorgehen. Die EU-weite Anzeigepflicht für Steuergestaltungen muss um eine
Verpflichtung für
964 rein nationale Gestaltungen ergänzt werden. Wir setzen uns auf internationaler Ebene
für
965 eine globale Allianz gegen Steuerhinterziehung ein. Zusätzlich zur bestehenden
Steuerpflicht
966 nach dem Wohnsitz wird eine Steuerpflicht auch nach der Nationalität für Menschen
mit hohem
967 Einkommen, ähnlich wie in den USA, eingeführt, um rein steuerlich motivierte
Wohnsitzwechsel
968 zu verhindern. Wir werden regelmäßig die Steuerlücke schätzen lassen. Die
Steuerverwaltung
969 muss deutlich gestärkt werden. Um Vollzugsdefizite bei der Bekämpfung von
Steuervermeidung
970 großer Konzerne und reicher Bürger*innen zu beheben, schaffen wir eine
Spezialeinheit auf
971 Bundesebene. Steuerhinterziehung ahnden wir härter, die Umgehung der
Grunderwerbssteuer mit
972 Share Deals muss endlich unterbunden werden. Cum-ex- und Cum-cum-Geschäfte
beenden wir, wo
973 sie immer noch möglich sind, und kümmern uns mit Nachdruck um eine konsequente
Einziehung
974 der entstandenen Schäden durch die Länder.

975 **Konzerne angemessen besteuern**

976 Durch Buchungstricks verschieben große Konzerne ihre Gewinne in Steuersümpfe, aus
Europa wie
977 aus vielen armen Ländern. So fehlen Milliarden für unsere Infrastruktur, und die Firmen
verschaffen sich unfaire Wettbewerbsvorteile gegenüber kleineren Unternehmen.
978 Darum kämpfen
979 wir für ein international verbindliches Regelwerk, das Mindeststandards für die
980 Steuerpflichten von Unternehmen und Staaten setzt, sowie die Stärkung des UN-
Steuer-
981 Komitees. Die internationalen Mindeststeuersätze für Großunternehmen wollen wir in
982 Deutschland und Europa ambitioniert umsetzen. Europa soll die Mindeststeuersätze
Amerikas
983 nicht unterbieten, sondern transatlantisch für höhere Mindeststeuersätze streiten.
Zudem
984 brauchen wir harte EU-Regeln gegen den Missbrauch von Briefkastenfirmen zur
985 Steuervermeidung. Auch zu Hause werden wir aktiv: Wir wollen dafür sorgen, dass
Konzerne
986 ihre Gewinne, Umsätze und Steuerzahlungen nach Ländern umfänglich öffentlich

machen müssen.

- 987 In der EU führen wir eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die
Unternehmenssteuern und
988 einen Mindeststeuersatz von mittelfristig 25 Prozent ohne Ausnahmen ein. Google,
Facebook
989 und Co. werden mit einer Digitalkonzernsteuer endlich angemessen besteuert. Eine
990 Übergewinnsteuer für andere Sektoren werden wir prüfen. Banken und
Steuerberater*innen
991 verbieten wir, Geschäfte in Steuersümpfen zu tätigen oder dorthin zu vermitteln. Wir
setzen
992 uns dafür ein, auch in Steuerfragen zu Mehrheitsentscheidungen in der EU
überzugehen. Soweit
993 europäische Einigungen nicht gelingen, gehen wir voran, in verstärkter
Zusammenarbeit oder
994 gemeinsam mit einzelnen Staaten. National gehen wir gegen Gewinnverschiebungen
mit einer
995 verschärften Zins- und Lizenzschränke und mit Quellensteuern vor.